

## **Vorschläge für eine Kampagne gegen die deutsche Unterstützung von Krieg und Besetzung im Irak**

Joachim Guilliard,

Beitrag auf dem Panell III der Irak Konferenz 12.3.2005

Ich denke wir können als wesentliches Ergebnis der heutigen Veranstaltung feststellen, dass der Widerstand gegen die Besetzung ohne Zweifel durch die Umstände gerechtfertigt und völkerrechtlich legitim ist. Er hat eine große Bedeutung weit über die Region hinaus – auch daher haben die Iraker internationale Solidarität verdient.

Der Widerstand setzt der Besatzungsmacht immer stärker zu. Mehrere Experten und Think tanks haben Analysen vorgelegt, die für die Bush-Administration niederschmetternd sind. So z.B. Brent Scowcroft, nationaler Sicherheitsberater vom ersten Präsidenten Bush und Zbigniew Brzezinski der dieses Amt unter Jimmi Carter innehatte, die bezweifeln die Wahlen zu einer Beruhigung der Lage führen würden. Viele, wie auch die Internationale Crisis Group sehen den Krieg beinahe als verloren an, zumindest kann er ihrer Ansicht mit der aktuellen Vorgehensweise nicht gewonnen werden.

Doch allein wird es den militärischen und zivilen Organisationen kaum gelingen, die Supermacht zur Aufgabe ihrer Beute zu zwingen. Sie sind auf internationale Hilfe, auf unsere Solidarität angewiesen. Ansatzpunkte für die weltweite Antikriegsbewegung sind die internationale Unterstützung, die die USA noch erhalten, sowie die Akzeptanz zu Hause, die bereits mächtig bröckelt.

Dies ist nicht unabhängig voneinander, wie John Catalinotto als Vertreter der Antikriegsbewegung in den USA auf der Anti-Bush-Demonstration in Mainz ausführte: Es ist ein Verdienst des Widerstands, dass sich mittlerweile eine Mehrheit für ein Ende der Besetzung ausspricht und die Armee Probleme hat, die Reihen zusammenzuhalten und neue Kräfte anzuwerben.

Deutschland ist nicht unmittelbar mit Truppen beteiligt, trotzdem – wie wir gehört haben – ein ganz entscheidender Bündnispartner Washingtons. Ein Wegfall dessen Unterstützung würde nicht nur die US-Armee vor schwere logistische Probleme stellen, sondern wäre auch politisch ein entscheidender Beitrag zur Isolierung der Besatzungsmacht im Irak

Unser Problem ist, dass es trotz breiter Ablehnung des Krieges kaum Engagement gegen dessen Ergebnis, die Besetzung, gibt.

Von Politik und den Mainstream-Medien war nichts anderes zu erwarten, als dass sie sich auf die Seite der US-geführten Kriegsallianz schlagen. Überraschend kam für viele aber die überwiegend passive Haltung der Friedensbewegung, nachdem zuvor auch in Deutschland Hunderttausende gegen den Krieg auf den Straßen waren. Erst der Besuch Bushs in Mainz in ermöglichte wieder eine große zentrale schwerpunktmäßig gegen den Irakkrieg gerichtete Demonstration – die erste nach Kriegsbeginn. Fast müsste man sich also wünschen, der Halunke käme nun öfter.

Die Großdemos vor dem Krieg verleiten aber zu einer Überschätzung der Friedensbewegung. Ein guter Teil der Mobilisierung war damals auch den Medien und der Haltung von SPD und Grüne zu verdanken gewesen.

Doch der Wind hat sich gedreht. Wer sich jetzt engagiert, riskiert, wie wir gesehen haben, scharfe öffentliche Angriffe.

Und viele Aktive der Friedensbewegung sind zunächst einmal mehr aus Prinzip gegen Kriege und weniger aus unmittelbarem Mitgefühl und Solidarität mit den Betroffenen. Hat der Krieg begonnen, so scheint für viele das Engagement beinahe zwecklos.

Die Unsicherheit und Unlust, sich zu engagieren, wird noch verstärkt durch die Art der Berichterstattung über den Irak und dem Fehlen einer „guten Seite“, mit der man sich identifizieren könnte.

Ich denke, hier müssen wir ansetzen. Indem wir dazu beitragen, dass die Opfer der Besatzungsherrschaft ein „Gesicht“ erhalten, wie auch die politischen Akteure. Die Rundreise der beiden Augenzeugen aus Falluja war hier ein Anfang. Die heutige Veranstaltung ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Wir müssen zudem deutlich machen, dass es gar nicht darum geht, sich hinter bestimmte Widerstandsformen oder -organisatoren zu stellen, den fortschrittlichen Kräften hier aber Verantwortung zukommt, aufgrund der wichtigen Rolle die Deutschland für die USA im Krieg im Irak spielt.

Eine Kampagne gegen diese deutsche Beteiligung müsste sich folgende Punkte vornehmen:

1. Ein entscheidender Punkt ist, allen Bemühungen, die Besatzung zu legitimieren, entgegenzutreten. Wir müssen klar machen, dass unabhängig davon, welche Konflikte im Irak nach Abzug der US-Truppen auch drohen, die Besatzungspolitik keinen Beitrag zur Lösung leisten kann, sondern selbst das größte aller Übel und die Hauptursache der Gewalt ist.

2. Die Besatzungsherrschaft kann weder durch den UN-Sicherheitsrat, noch durch US-kontrollierte Wahlen legitimiert werden. Sie ist erst zu Ende, wenn die USA und ihre Verbündeten ihre zivilen und militärischen Kräfte zurückgezogen haben.

3. Auch der Rechtfertigung, es handle sich bei der Besatzung um Kampf gegen den Terror, müssen wir entgegentreten.

Terrorismus und religiösen Extremismus gibt es zwar tatsächlich im Irak, wenn auch mit geringerer Bedeutung als von US-Seite behauptet. Sie sind aber offensichtlich eine der hässlichen Folgen der Invasion.

Terroristische Gewalt gegen Unbeteiligte, Entführungen und Enthauptungen etc. gehen fließend über in die allgegenwärtige Gewaltkriminalität, die seit der Zerschlagung jeglicher staatlichen Ordnung durch die Besatzungsmächte den Alltag beherrschen. Mit Widerstand hat dies – unabhängig davon wer dahinter steckt – nichts zu tun.

Angriffe des militärischen Widerstands auf die Besatzungstruppen sind hingegen – unabhängig davon ob wir sie für sinnvoll und politisch oder moralisch für gerechtfertigt halten – kein Terror und nach geltendem internationalen Recht legitim. Dies müssen wir trotz aller Anfeindungen deutlich machen.

4. Wir müssen uns und anderen klar machen, dass die Bewertung der Besatzungspolitik keine Frage des politischen Ermessens ist: Es handelt sich um eindeutige und systematische Verbrechen, mit fürchterlichen Folgen für die Bevölkerung. Wer, wie die Bundesregierung, diese Politik unterstützt, macht sich mitschuldig.

Eine gute Möglichkeit hierüber Öffentlichkeit herzustellen, sind Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Tribunale über den Irakkrieg (siehe [www.irktribunal.de](http://www.irktribunal.de)).

5. Der überwiegende Teil der EU-Staaten beteiligt sich direkt an Krieg und Besatzung im Irak. Hier ist also schon Praxis, was im Rahmen der EU-Militarisierung perfektioniert und mit-

tels EU-Verfassung verrechtlicht werden soll. Es ist daher sinnvoll, diese Beteiligung bei der Kampagne gegen EU-Militarisierung/ EU-Verfassung zu thematisieren.

6. Ansatzpunkte für Kampagne bieten die konkrete militärische Unterstützung wie die Lieferung der Fuchspanzer.

Sehr gute Ansatzpunkte, das Ausmaß deutscher Beteiligung sichtbar zu machen, bieten natürlich auch die Standorte der US-Armee in Deutschland.

Immer wieder werden direkte Verwicklungen der dort stationierten Einheiten in Kriegsverbrechen bekannt. So kommen einige der Folterer von Abu Ghraib aus der 205. Brigade des Militärischen Geheimdienstes im hessischen Wiesbaden-Erbenheim. Ihr oberster Kommandeur, General Ricardo Sanchez (bis Juni auch US-Oberbefehlshaber im Irak), arbeitet mit seinem Stab von Heidelberg aus. Er gehört zu den US-amerikanischen Verantwortlichen, gegen die das "Center for Constitutional Rights" Klage beim Generalbundesanwalt einreichte.

7. Die internationale Unterstützung, insbesondere durch die europäischen Staaten und dem UN-Sicherheitsrat, die ihrem Vorgehen eine gewisses völkerrechtliches Mäntelchen verschaffen, ist der einzige Trumpf, der der US-Administration im Irak verblieben ist. Eine – auch schrittweise – Einstellung der Unterstützung Deutschlands und anderer EU-Staaten hätte daher erhebliche Auswirkungen, sowohl international als auch bzgl. der Haltung der US-Bevölkerung zur Besatzung.

Hier müssen wir ansetzen und hierfür ist es auch herzlich egal, ob uns der Widerstand im Irak gefällt oder nicht. Auch frühere Befreiungsbewegungen gaben immer wieder Anlass zu Irritationen und Kritik. „Es hat nie eine hübsche Befreiungsbewegung gegeben,“ schrieb Walden Bello, führender Vertreter der globalisierungskritischen Bewegung letztes Jahr, „viele westliche Progressive wandten sich daher früher schon gegen die antikolonialen Bewegungen in Afrika, die FLN in Algerien, die NLF in Vietnam etc.. „Doch die Widerstandsbewegung verlangt keine politische oder ideologische Unterstützung. Alles was sie sucht, ist internationaler Druck für den Rückzug einer unrechtmäßigen Besatzungsmacht, damit interne Kräfte den Raum bekommen, eine wirklich nationale Regierung formen zu können. Auf Basis dieses begrenzten Programms können sich sicherlich Progressive in aller Welt und der irakische Widerstand verbünden.“ – Dem kann ich mich nur anschließen.